

04_Vertrag

Rahmenvereinbarung

zwischen

der Berufsgenossenschaft Holz und Metall (BGHM),

Isaac-Fulda-Allee 18, 55124 Mainz,

- im Folgenden **Auftraggeberin** genannt -

und

...

...

- im Folgenden **Auftragnehmer** genannt -

über die

Lieferung von intelligenten Ladekabeln für eAutos

[Redaktionelle Anmerkung:

Mit gelb markierter Text wird nach Erteilung des Zuschlages gemäß den Ergebnissen des Vergabeverfahrens ersetzt, siehe hierzu § 14 Abs.6.]

Inhaltsverzeichnis

§ 1	VERTRAGSGEGENSTAND.....	3
§ 2	VERTRAGSBESTANDTEILE.....	3
§ 3	ABNAHMEMENGE	4
§ 3A	BEZUGSBERECHTIGTE.....	4
§ 4	VERTRAGSDAUER	5
§ 5	KÜNDIGUNG.....	6
§ 6	DURCHFÜHRUNG DES VERTRAGES.....	6
§ 7	LIEFERUNG	8
§ 8	VERGÜTUNG.....	9
§ 9	RECHNUNG / ZAHLUNG.....	10
§ 10	SPRACHE	11
§ 11	BEAUFTRAGUNG VON UNTERAUFTRAGNEHMERN	11
§ 12	ANTIKORRUPTIONSKLAUSEL.....	12
§ 13	BUNDESTARIFTREUEGESETZ	12
§ 14	SCHLUSSBESTIMMUNGEN	13

04_Vertrag

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung ist die Lieferung von intelligenten Ladekabeln für eAutos auf Basis von Einzelabrufen für die Berufsgenossenschaft Holz und Metall.
- (2) Diese Rahmenvereinbarung regelt die Bedingungen für sämtliche auf kaufvertraglicher Basis zu erbringender Leistungen, die die Auftraggeberin durch Einzelvertrag an den Auftragnehmer vergibt.
- (3) Die zu erbringende Leistung und ihr Umfang sind im Leistungsverzeichnis zum Vergabeverfahren **2026-013-EU-ABBES** festgelegt.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Bestandteile dieser Rahmenvereinbarung sind bei Widersprüchen in der nachstehenden Reihen- und Rangfolge:
 - a) dieser Vertragstext,
 - b) die Bestimmungen der jeweiligen Einzelverträge,
 - c) das Leistungsverzeichnis **2026-013-EU-ABBES**,
 - d) das Preisblatt **2026-013-EU-ABBES**,
 - e) die weiteren Erklärungen und Nachweise des Auftragnehmers im Vergabeverfahren **2026-013-EU-ABBES**,
 - f) die Ergänzenden Vertragsbedingungen für den Kauf von Hardware – EVB-IT Kauf-AGB, Vers. 2.0 vom 17.03.2016,
 - g) die Ergänzenden Vertragsbedingungen für Cloud-Leistungen – EVB-IT Cloud-AGB, Vers. 1.01 vom 01.03.2022
 - h) die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen, Teil B (VOL/B), in der jeweils aktuell gültigen Fassung, derzeit 2003.

Hierbei gelten diese Rahmenvereinbarung und das von der Auftraggeberin übersandte Leistungsverzeichnis stets vorrangig. Angaben des Auftragnehmers in den vorgenannten Vertragsunterlagen werden nur insoweit Vertragsbestandteil, wie sie der vorrangig geltenden Rahmenvereinbarung und dem Leistungsverzeichnis nicht widersprechen oder diese einschränken. Gleiches gilt für die Angebote und Vereinbarungen beim jeweiligen Einzelabruf, die diese Rahmenvereinbarung lediglich konkretisieren und dieser nicht vorgehen.

04_Vertrag

- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind und werden auch künftig nicht Bestandteil dieser Rahmenvereinbarung und entfalten gegenüber der Auftraggeberin keine rechtsverbindliche Wirkung. Dies gilt auch, sofern der Auftragnehmer nach Vertragsschluss etwa im Rahmen der Korrespondenz mit der Auftraggeberin auf Allgemeine Geschäftsbedingungen verweist oder diese beilegt.

§ 3 Abnahmemenge

- (1) Die gemäß dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden vertragsgegenständlichen Leistungen können bis zu der in Ziffer 1.2 des Leistungsverzeichnisses angegebenen Höchstgrenze innerhalb des unter § 4 Abs. 1, 2 und 4 dieser Rahmenvereinbarung angegebenen Zeitraums abgerufen werden.
- (2) Die Auftraggeberin schätzt unverbindlich, dass die in den Vergabeunterlagen dargestellten Mengengerüste während der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung abgerufen werden, ohne dass der Auftragnehmer einen Anspruch hierauf hätte oder bei Nichtabruf von dem Auftragnehmer Rechte jedweder Art, insbesondere auf Entschädigung oder Schadensersatz, geltend gemacht werden können.

§ 3a Bezugsberechtigte

- (1) Neben der Auftraggeberin sind folgende öffentliche Auftraggeber bezugsberechtigt und berechtigt, Leistungen aus dieser Rahmenvereinbarung abzurufen:

Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe, 68165 Mannheim
Berufsgenossenschaft Handel und Warenlogistik, M5,7, 68161 Mannheim
Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse,
Gustav-Heinemann-Ufer 130, 50968 Köln
VBG, Massaquoipassage 1, 22305 Hamburg
BGW, Pappelallee 35/37, 22089 Hamburg
BG BAU - Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft, Bundesallee 210, 10719 Berlin

- (2) Der Abruf von Leistungen durch die Bezugsberechtigten erfolgt unmittelbar zwischen dem jeweiligen Bezugsberechtigten und dem Auftragnehmer. Die Bezugsberechtigten treten hierbei in die vertraglichen Rechte und Pflichten der Auftraggeberin ein, soweit diese Regelungen den Abruf von Leistungen betreffen. Die Auftraggeberin bleibt jedoch Vertragspartei dieser Rahmenvereinbarung.
- (3) Die Bezugsberechtigten sind zu keinem Zeitpunkt zur Abnahme einer bestimmten Mindestmenge oder der im Leistungsverzeichnis genannten Schätzmenge verpflichtet. Der Abruf von Leistungen erfolgt ausschließlich nach Bedarf und im freien Ermessen der jeweiligen Bezugsberechtigten. Der Auftragnehmer hat keinen rechtlichen Anspruch auf Abruf durch die Bezugsberechtigten. Bei Nichtabruf oder geringerer Abnahme als der Schätzmenge erwachsen dem Auftragnehmer von den Bezugsberechtigten keinerlei Ansprüche, insbesondere nicht auf Entschädigung, Schadensersatz oder Ausgleich entgangenen Gewinns.

04_Vertrag

- (4) Die in § 3 dieser Rahmenvereinbarung genannte Höchstmenge gilt kumulativ für die Auftraggeberin und alle Bezugsberechtigten. Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Abrufe der Bezugsberechtigten zu überwachen und bei Erreichen oder drohender Überschreitung der Höchstmenge die weiteren Abrufe zu steuern.
- (5) Die Bezugsberechtigten erklären sich damit einverstanden, dass die Auftraggeberin dem Auftragnehmer die Namen und Kontaktdaten der Bezugsberechtigten mitteilt, soweit dies für die Durchführung der Abrufe erforderlich ist.
- (6) Für die Abwicklung der Abrufe durch die Bezugsberechtigten gelten die Regelungen dieser Rahmenvereinbarung, insbesondere §§ 6, 7 und 8, entsprechend. Die Bestellungen der Bezugsberechtigten sind in Textform (vorzugsweise per E-Mail oder über ein Online-Bestellportal) an den Auftragnehmer zu richten. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Bestellungen der Bezugsberechtigten entgegenzunehmen, zu dokumentieren und umzusetzen.
- (7) Die Rechnungsstellung erfolgt direkt durch den Auftragnehmer gegenüber dem jeweiligen Bezugsberechtigten. Die Zahlungsbedingungen entsprechen den in dieser Rahmenvereinbarung vereinbarten Regelungen.
- (8) Die Auftraggeberin haftet nicht für die Erfüllung vertraglicher Pflichten der Bezugsberechtigten gegenüber dem Auftragnehmer. Im Verhältnis zum Auftragnehmer haftet jeder Bezugsberechtigte ausschließlich für seine eigenen Abrufe und die daraus resultierenden Verpflichtungen.
- (9) Die Bezugsberechtigten erklären sich mit den Bedingungen dieser Rahmenvereinbarung und den in § 2 genannten Vertragsbestandteilen als verbindlich für ihre Abrufe einverstanden.

§ 4 Vertragsdauer

- (1) Diese Rahmenvereinbarung wird mit Zuschlagserteilung wirksam. Die Leistungserbringung durch den Auftragnehmer erfolgt über einen Zeitraum von **48 Monaten**. Die Leistungserbringung beginnt mit Zuschlagserteilung, voraussichtlich zum **01.07.2026** und endet nach Ablauf von 48 Monaten, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Eine stillschweigende Verlängerung über diesen Zeitraum hinaus oder eine Verlängerung auf Verlangen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen. Auch die Forderung und Entgegennahme von Leistungen aus Einzelverträgen (Einzelabruf), die auf Basis dieser Rahmenvereinbarung geschlossen wurden, stellt keine irgendwie geartete Verlängerung der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung dar.
- (2) Abweichend von Absatz 1 endet diese Rahmenvereinbarung, wenn die in Ziffer 1.2 des Leistungsverzeichnisses angegebene Höchstmenge erreicht wird.
- (3) Die Laufzeit und die Leistungserbringung aus den Einzelverträgen werden durch die Beendigung dieser Rahmenvereinbarung nicht berührt. Die Auftraggeberin ist deshalb insbesondere berechtigt, bis zum Ende der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung noch

04_Vertrag

Leistungen abzurufen und so einzelne Verträge zu beauftragen, die nach dem Ende der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung zu erfüllen sind.

- (4) Die Vertragsdauer der Lizenzen für die zugehörige Software beträgt einen Monat. Sie beginnt jeweils mit der Lieferung des Ladekabels und verlängert sich automatisch um je einen weiteren Monat, wenn sie nicht mit einer Frist von 14 Tagen durch die Auftraggeberin gekündigt wird.

§ 5 Kündigung

- (1) Beide Vertragsparteien sind zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Ein wichtiger Grund zur Kündigung durch die Auftraggeberin liegt insbesondere dann vor, wenn der Auftragnehmer:
- nachhaltig und erheblich die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen unterlässt und ihn die Auftraggeberin schriftlich unter Benennung der zu beanstandenden Umstände abgemahnt und der Auftragnehmer nicht unverzüglich nach Zugang der Abmahnung die beanstandeten Umstände behoben hat,
 - oder die weiteren Kündigungsgründe nach § 8 Nr. 1 und Nr. 2 VOL/B erfüllt.
- (2) Die Kündigung ist mindestens in Textform zu erklären.
- (3) Schadensersatzansprüche bleiben von dem Recht zur außerordentlichen Kündigung unberührt.

§ 6 Durchführung des Vertrages

- (1) Als Vertragsgegenstand gilt die im Vergabeverfahren angebotene Lieferung von intelligenten Ladekabeln für eAutos nebst zugehöriger Software für Nutzer und Abrechnungsstelle. Diese tragen die Bezeichnungen:

x: _____

- (2) Auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung sind die Auftraggeberin und die in § 3a genannten Bezugsberechtigten zum Abruf von Leistungen gegenüber dem Auftragnehmer berechtigt. Erst durch den einzelnen Abruf kommt über die jeweilige Lieferleistung ein gesonderter Vertrag zustande, dessen Inhalt sich nach dem Einzelabruf und den in dieser Rahmenvereinbarung enthaltenen Bestimmungen richtet.
- (3) Die Einzelabrufe erfolgen über die Abteilung Beschaffung, Sachgebiet KFZ der Auftraggeberin.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die aus dieser Rahmenvereinbarung erfolgenden Einzelabrufe (Bestellungen) per E-Mail oder mittels Onlinebestellportal entgegenzunehmen, zu dokumentieren und umzusetzen.

04_Vertrag

- a) Mit dem Eingang der Bestellung beim Auftragnehmer kommt der jeweilige Vertrag über die bestellte Ware zustande.
- b) Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin unmittelbar nach Abschluss des Bestellvorgangs per E-Mail eine Bestellbestätigung zu übermitteln, welche zwingend mindestens folgende Angaben zu enthalten hat:
 - Bestellnummer der Auftraggeberin,
 - Artikelbezeichnung,
 - Anzahl der Liefergegenstände,
 - voraussichtliches Lieferdatum.
- c) Der Auftragnehmer hat jeder Lieferung einen Lieferschein mit folgenden Angaben beizulegen:
 - Bestellnummer der Auftraggeberin,
 - Tag der Bestellung,
 - sonstige in der Bestellung geforderte Kennzeichnungen,
 - Anzahl der Liefergegenstände.

Mehrkosten, die der Auftraggeberin durch eine vom Lieferanten zu vertretende Nichtbeachtung ihrer Versandvorschriften entstehen, werden dem Auftragnehmer in Rechnung gestellt. Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er die Nichtbeachtung nicht zu vertreten hat.

- d) Teillieferungen sind nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Auftraggeberin statthaft.
- (5) Der Auftragnehmer hat die zu liefernden Geräte sowie die Software frei von Schaden stiftender Software zu liefern, z.B. in mitgelieferten Treibern oder der Firmware. Dies ist in geeigneter Form zu einem angemessenen Zeitpunkt vor der Lieferung zu prüfen. Die eingesetzten Prüfverfahren müssen dem Stand der Technik entsprechen. Der Auftragnehmer erklärt, dass die Prüfung keinen Hinweis auf Schaden stiftende Software ergeben hat. Diese Regelung gilt für jede, auch die vorläufige und Vorabüberlassung, z.B. zu Testzwecken.
- Der Auftragnehmer gewährleistet darüber hinaus, dass die von ihm zu liefernde Hardware frei von Funktionen ist, die die Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit der Hardware, anderer Hardware- und/oder Software oder von Daten gefährden und dadurch den Vertraulichkeits- oder Sicherheitsinteressen der Auftraggeberin zuwiderlaufen durch
- Funktionen zum unerwünschten Absetzen/Ausleiten von Daten,

04_Vertrag

- Funktionen zur unerwünschten Veränderung/Manipulation von Daten oder der Ablauflogik oder
- Funktionen zum unerwünschten Einleiten von Daten oder unerwünschte Funktionserweiterungen.

Unerwünscht ist eine mögliche Aktivität einer Funktion, wenn die Aktivität so weder von der Auftraggeberin weder in ihrer Leistungsbeschreibung gefordert, noch vom Auftragnehmer unter konkreter Beschreibung der Aktivität und ihrer Auswirkungen angeboten, noch im Einzelfall von der Auftraggeberin ausdrücklich autorisiert wurde.

§ 7 Lieferung

- (1) Die Lieferungen erfolgen an den Standort der Auftraggeberin in Mainz.
- (2) Die Lieferung erfolgt durch den Auftragnehmer auf sein Risiko und seine Kosten einschließlich aller Nebenkosten an den von der Auftraggeberin im Einzelabruf benannten Standort und dort an die benannte Verwendungsstelle im jeweiligen Dienstgebäude in der Bundesrepublik Deutschland.
- (3) Soweit im Leistungsverzeichnis oder von der Auftraggeberin beim Einzelabruf nicht anders angegeben, müssen alle Lieferungen bis spätestens 4 Wochen (bei Ersatzlieferungen binnen 2 Wochen) nach Eingang der Bestellung am Lieferort eingehen (verbindlicher Vertragstermin).

Hinsichtlich der jährlich zu wiederholenden DGUV-V3 Prüfungen gilt, dass die Lieferetiketten binnen 2 Werktagen zur Verfügung zu stellen sind. Die geprüften Geräte sind binnen 14 Tagen an die Auftraggeberin bzw. die bereitgestellte Adresse zurückzusenden.

Vereinbarte Liefertermine sind nur dann eingehalten, wenn der Liefergegenstand zu dem vorgesehenen Zeitpunkt am vereinbarten Lieferort in der vereinbarten Menge vollständig eingegangen ist.

- (4) Der Auftragnehmer teilt der Auftraggeberin das Datum der voraussichtlichen Anlieferung des Liefergegenstandes mit, sobald und soweit ihm dies möglich und zumutbar ist. Kann der Auftragnehmer einen bestimmten Liefertermin nicht zusagen, so ist er verpflichtet, der Auftraggeberin den frühesten und spätesten Liefertermin mitzuteilen. Erkennt der Auftragnehmer, dass er seine Leistungs- und Lieferfrist nicht einhalten kann, so hat er der Auftraggeberin die Gründe für die Verzögerung unverzüglich mitzuteilen. Etwaige Ansprüche der Auftraggeberin aus der nicht fristgemäßen Erfüllung des Vertrages bleiben unberührt.
- (5) Die Auftraggeberin ist berechtigt, nach den gesetzlichen Bestimmungen vom einzelnen Vertrag durch schriftliche Erklärung zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer den Liefertermin nach Absatz 3 überschreitet. Hat der Auftragnehmer die Überschreitung des Liefertermins zu vertreten, ist die Auftraggeberin auch berechtigt, nach den gesetzlichen Bestimmungen, Schadensersatz statt der Leistung zu verlangen.

04_Vertrag

- (6) Bei Lieferverzögerungen oder Lieferungsunterbrechungen infolge unvorhersehbarer Ereignisse wie höherer Gewalt, Krieg, Arbeitskämpfe oder Naturkatastrophen oder infolge sonstiger außerhalb des Einflussbereichs des Lieferanten liegender und von ihm nicht zu vertretender unabwendbarer und schwerwiegender Ereignisse, sind die Parteien für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von den Vertragspflichten befreit. Die Parteien sind verpflichtet, nach Treu und Glauben ihre gegenseitigen Vertragspflichten den veränderten Verhältnissen anzupassen. Das gesetzliche Rücktrittsrecht bleibt unberührt.
- (7) Ein Selbstbelieferungsvorbehalt des Auftragnehmers wurde nicht vereinbart. Insbesondere sind auch etwaige spätere Selbstbelieferungsvorbehalte des Auftragnehmers unbeachtlich. Etwaige Lieferverzögerungen und Lieferschwierigkeiten, die dadurch entstehen, dass der Auftragnehmer die an die Auftraggeberin zu liefernden Gegenstände seinerseits erst außerhalb der Bundesrepublik Deutschland beschaffen muss, fallen allein und vollständig in die Verantwortungs- und Risikosphäre des Auftragnehmers, der sich insoweit insbesondere nicht auf eine Verlängerung vertraglicher Lieferfristen und Termine berufen kann.
- (8) Liefert der Auftragnehmer innerhalb der Lieferzeit nach Absatz 3 oder einer dieser vorgehenden beim Einzelabruf vereinbarten Lieferzeit nicht vollständig, ist die Auftraggeberin nach dem Setzen einer angemessenen Nachfrist von maximal 10 Kalendertagen zum Rücktritt vom betroffenen Einzelabruf in Gänze oder in Teilen auf Kosten des Auftragnehmers berechtigt, der dann insbesondere die Mehrkosten der Ersatzbeschaffung zu tragen hat.
- (9) Die Auslieferung erfolgt in handelsüblicher, den Erfordernissen des Liefergegenstandes und der Versandart angepasster Verpackung
- (10) Die Bestimmungen der Verordnung über die Vermeidung von Verpackungsabfällen werden vom Auftragnehmer beachtet.
- (11) Der Auftragnehmer sichert der Auftraggeberin zu, dass die im Verpackungsmaterial verwandten Materialien keine Schadstoffe bzw. gesundheitsgefährdenden Stoffe enthalten.
- (12) Das Verpackungsmaterial ist vom Auftragnehmer abzuholen und zu entsorgen.

§ 8 Vergütung

- (1) Für die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen erhält dieser eine Vergütung nach den im Preisblatt **2026-013-EU-ABBES** genannten Preisen und den Festlegungen beim jeweiligen Einzelabruf. Die Vergütung erfolgt ausschließlich aufgrund tatsächlich erbrachter und nachgewiesener Leistungen auf Basis der dortigen Preise.

Die Preise verstehen sich als Nettopreise zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer ist auf der Rechnung auszuweisen.

04_Vertrag

- (2) Die im Preisblatt enthaltenen Preise umfassen alle Leistungen, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung dieser Rahmenvereinbarung erforderlich sind. Dies gilt für die gesamte Laufzeit der Rahmenvereinbarung (inklusive etwaiger optionaler Verlängerungen). Dies beinhaltet neben der Übereignung auch die Konfektionierung einschließlich Verpackungsmaterial sowie den Versand an die angegebenen Lieferadressen der Auftraggeberin frei Verwendungsstelle im jeweiligen Dienstgebäude.
- (3) Sofern während der Vertragslaufzeit der angebotene Modelltyp nicht mehr lieferbar ist, kann die Auftraggeberin gem. § 7 Abs.7 die Lieferung eines Nachfolgemodells vom Auftragnehmer verlangen. Der Gerätepreis darf, soweit keine zusätzlichen Komponenten hinzugefügt werden, den Preis für das bisherige Modell nicht übersteigen. Sind zusätzliche Komponenten enthalten sind etwaige Preisanpassungen vorab mit der Auftraggeberin abzustimmen.

§ 9 Rechnung / Zahlung

- (1) Der Auftragnehmer erhält Abschlagszahlungen jeweils nach Vorlage einer prüfbaren Abschlagsrechnung für die jeweils nachgewiesenen und vertragsgemäß erbrachten Leistungen. Die Zahlungsfrist für die Auftraggeberin beträgt bei Abschlagszahlungen 30 Tage nach Rechnungseingang.
- (2) Die Auftraggeberin ist gemäß der Verordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes (E-Rechnungsverordnung) verpflichtet, Rechnungen als E-Rechnungen zu empfangen. Der Auftragnehmer stellt Rechnungen in elektronischer Form aus und übermittelt sie unter Angabe der jeweiligen Auftragsnummer als Einzelrechnung an die Auftraggeberin an

993-8003410200-62 (Leitweg-ID).
- (3) Zur Übermittlung von elektronischen Rechnungen ist das Rechnungseingangsportal der gesetzlichen Unfallversicherung zu nutzen, welches unter <http://uv.flow.tieki-netix.net> abgerufen werden kann. Hierzu sind die in den Vergabeunterlagen beigefügten Anforderungen im Rahmen der elektronischen Rechnungsstellung und Zugangsinformationen zum Portal zu beachten.
- (4) Für die korrekte Zuordnung einer elektronischen Rechnung an die Auftraggeberin ist neben der Übermittlung der Auftragsnummer (FIP-Nummer), der Bestell-/Lieferantennummer, der kontierungsrelevanten Daten, der geltenden Zahlungsbedingungen sowie der E-Mail-Adresse des Rechnungsstellers, die Angabe der Leitweg Identifikationsnummer zwingend erforderlich.
- (5) Die Rechnungen sind immer je erfolgter Ausführung eines Auftrages zu erstellen.
- (6) Die Zahlungen erfolgen im Überweisungsverkehr auf ein vom Auftragnehmer schriftlich zu benennendes Konto.

04_Vertrag

- (7) Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt nach Erfüllung der Leistung. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage und beginnt mit Eingang einer prüfbaren Rechnung im Original. Die Rechnungen müssen den Anforderungen der §§ 14, 14a UStG genügen. Bei Gewährung von Skonto gelten die Bedingungen und Angaben im Preisblatt.
- (8) Gegen Ansprüche der Auftraggeberin darf der Auftragnehmer nur aufrechnen, soweit seine Gegenansprüche unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. Ein Zurückbehaltungsrecht darf der Auftragnehmer nur wegen unmittelbar aus diesem Vertrag herrührender Gegenansprüche geltend machen, soweit diese unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
- (9) Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin statthaft.
- (10) Eine Vorauszahlung durch die Auftraggeberin wird ausgeschlossen.

§ 10 Sprache

Die zur Vertragserfüllung tätigen Mitarbeiter mit direktem Kontakt zur Auftraggeberin oder ihren Mitarbeitern im Supportfall müssen die deutsche Sprache fließend in Wort und Schrift beherrschen. Alle Unterlagen müssen in deutscher Sprache abgefasst werden.

§ 11 Beauftragung von Unterauftragnehmern

- (1) Bei Zuschlagserteilung ist der Bieter alleiniger Vertragspartner; er ist für die angebotenen Leistungen allein verantwortlich.
- (2) Verpflichtet der Bieter für die Leistungserbringung Unterauftragnehmer, so ist dies im Angebot mit den zu erbringenden Aufgaben aufzuführen. Der Generalunternehmer hat bei der Übertragung von Teilen der Leistung den Unterauftragnehmer der Auftraggeberin zu benennen. Die angebotenen Leistungen dürfen jedoch durch den Auftragnehmer nicht als Gesamtpaket an Unterauftragnehmer übertragen werden.
- (3) Für den Fall des Einsatzes von Unterauftragnehmern hat der Auftragnehmer
 - a) bei der Übertragung von Teilen der Leistung (Unterauftrag) nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu verfahren,
 - b) dem Unterauftragnehmer auf sein Verlangen hin die Auftraggeberin zu benennen,
 - c) dem Unterauftragnehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, Gewährleistung und Sicherheitsleistungen – einzuräumen, als sie zwischen Auftragnehmer und Auftraggeberin vereinbart sind.

04_Vertrag

- (4) Bei der Einschaltung von Unterauftragnehmern haftet der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrages. Fehlendes Auswahlverschulden kann nicht geltend gemacht werden.

§ 12 Antikorruptionsklausel

- (1) Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist die Auftraggeberin gem. § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn Ausschlussgründe im Sinne des § 42 Abs.1 VgV i.V.m §§ 123 ff. GWB vorliegen.
- (2) Ein Ausschlussgrund nach Absatz 1 ist auch die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen, die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlungen.
- (3) Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin alle Schäden zu ersetzen, die der Auftraggeberin unmittelbar oder mittelbar durch die außerordentliche Kündigung oder den Rücktritt vom Vertrag entstehen. Sofern die Auftraggeberin keinen höheren Schaden nachweist, hat der Auftragnehmer an die Auftraggeberin eine Schadensersatzpauschale in Höhe von 5 % der Netto-Auftragssumme dieses Vertrages zu bezahlen. Als Nettoauftragssumme gilt der Betrag, der der Summe sämtlicher abrechnungsfähiger Positionen ohne Steuern bis zum Ende der maximalen Vertragslaufzeit entspricht. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass der Schaden tatsächlich niedriger ist. Erbringt der Auftragnehmer diesen Nachweis, so braucht er nur den nachgewiesenen niedrigeren Schaden zu bezahlen.

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 42 Abs.1 VgV i.V.m §§ 123 ff. GWB vor, weil der Auftragnehmer nachweislich eine schwere Verfehlung (Vorteilsgewährung § 333 StGB oder Bestechung § 334 StGB) oder eine vergleichbare nachweisbare Verfehlung außerhalb redlicher geschäftlicher Gepflogenheit begangen hat, hat der Auftragnehmer an die Auftraggeberin für jede Verfehlung eine Vertragsstrafe zu zahlen, unabhängig davon, ob die Auftraggeberin ihr Recht auf Rücktritt vom Vertrag ausübt oder nicht.

Die Höhe der Vertragsstrafe beträgt das 5-fache des Wertes der angebotenen oder gewährten Geschenke oder sonstigen Vorteile, insgesamt jedoch höchstens 1 % der Nettoauftragssumme dieses Vertrages.

Weitergehende Schadensersatzansprüche der Auftraggeberin bleiben unberührt.

§ 13 Bundestariftreuegesetz

04_Vertrag

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Rahmen der Ausführung des Auftrags seinen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens die Arbeitsbedingungen (insbesondere Entgelt, Urlaub, Arbeitszeit) zu gewähren, die durch den für den Ort der Leistungserbringung einschlägigen und repräsentativen Tarifvertrag vorgeschrieben sind.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, entsprechende Verpflichtungen auch seinen Nachunternehmern aufzuerlegen.
- (3) Auf Verlangen der Auftraggeberin (bzw. der Prüfstelle Bundestariftreue) hat der Auftragnehmer die Einhaltung der Tariftreue durch Vorlage geeigneter Unterlagen (z.B. Lohnabrechnungen, Arbeitsverträge) nachzuweisen.
- (4) Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung berechtigt die Auftraggeberin zur fristlosen Kündigung und zur Forderung einer Vertragsstrafe in Höhe von maximal 1 Prozent des Netto-Auftragswertes pro Verstoß, bei mehreren Verstößen von maximal 10 Prozent des Netto-Auftragswertes. Als Nettoauftragssumme gilt der Betrag, der der Summe sämtlicher abrechnungsfähiger Positionen ohne Steuern bis zum Ende der maximalen Vertragslaufzeit gegenüber der Auftraggeberin bzw. dem jeweils Abrufberechtigten entspricht. Die Vertragsstrafe ist verwirkt, wenn die Prüfstelle einen Verstoß des Auftragnehmers gegen seine Pflichten nach § 3 oder § 9 BTTG durch Verwaltungsakt nach § 13 BTTG festgestellt hat und das Vorverfahren nach § 13 Abs. 4 BTTG abgeschlossen ist.

§ 14 Schlussbestimmungen

- (1) Stillschweigende, mündliche oder schriftliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieser Rahmenvereinbarung bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Aufhebung oder einen Verzicht auf diese Schriftformklausel.
- (2) Erfüllungsorte sind die von der Auftraggeberin in ihrer jeweiligen Bestellung (Einzelauftrag) genannten Bestimmungsorte innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.
- (3) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dieser Rahmenvereinbarung ist Mainz, sofern nicht durch zwingendes Recht ein anderer Gerichtsstand vorgegeben ist.
- (4) Es gilt ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG).
- (5) Der Auftragnehmer ist über die Datenerhebung nach Art 13 und 14 DSGVO informiert. Die BGHM verarbeitet die zum Zweck des Vertragsabschlusses und der Vertragsdurchführung erhobenen personenbezogenen Daten nach den Bestimmungen der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz.
- (6) Die mit den Vergabeunterlagen überreichte Rahmenvereinbarung wurde vom Auftragnehmer mit der Angebotsabgabe in Textform als Vertragsgrundlage anerkannt. Diese Rahmenvereinbarung kommt rechtsverbindlich mit dem Zuschlag im Vergabeverfahren

04_Vertrag

zustande. Auftraggeberin und Auftragnehmer verpflichten sich zur Dokumentation der somit bereits abgeschlossenen Rahmenvereinbarung, den Vertragstext nochmals zu unterzeichnen und hierbei den gelb markierten Text entsprechend den Ergebnissen des Vergabeverfahrens zu ersetzen bzw. zu ergänzen.

Die Auftraggeberin wird dem Auftragnehmer hierzu eine Korrekturversion übersenden, die der Auftragnehmer spätestens innerhalb von sieben Werktagen unterzeichnet im Original an die Auftraggeberin (eingehend bei ihr) zurückzusenden hat. Bis zu diesem Eingang bei der Auftraggeberin sind keine Zahlungen oder Leistungen der Auftraggeberin gegenüber dem Auftragnehmer fällig.

Auftraggeberin:

Mainz,

Auftragnehmer:

.....,

.....

Berufsgenossenschaft
Holz und Metall

.....